

Resümee Diskussion „Evaluation Mainstreaming“

- **Leitfragen**

„Mainstreaming“ von Evaluierung heißt, Evaluierung im gesamten Förderbereich (und nicht nur bei EU-Programmen) auf allen Ebenen und bei allen Förderinstitutionen laufend anzuwenden.

Ausgangspunkt für das „Mainstreaming“ von Evaluierung ist das **Regierungsprogramm** für die Gesetzgebungsperiode 2008 bis 2013 vom 2. Dezember 2008, in dem unter Punkt 4 (Effizientes Förderwesen) folgende Maßnahmen vorgesehen sind (siehe S. 267 f):

- Errichtung einer gesamtösterreichischen zentral geführten Förderungsdatenbank;
- Evaluierung des gesamten österreichischen Förderungssystems mit seiner Vielzahl an Einrichtungen und Institutionen (..);
- Definition von konkreten, messbaren operativen Zielen und übergeordneten Wirkungszielen sowie von Steuerungsmaßnahmen und Evaluierungskriterien für den Förderbereich / Förderungsstrategien (..);
- Abstimmung der Ziele von Förderungen zwischen EU, Bund, Ländern und Gemeinden (..).

In diesem Zusammenhang lauten die Leitfragen: In welchem Ausmaß ist es bislang gelungen, das Regierungsprogramm / Punkt 4 umzusetzen? In welchem Ausmaß haben – neben den Bundesakteuren, für die das Regierungsprogramm unmittelbar gilt – regionale Akteure und Akteure im Bereich Territoriale Entwicklung (Integrierte Regionalentwicklung) eine Evaluierungsstrategie entwickelt?

Dazu wurden in der Diskussionsrunde folgende Punkte angesprochen, die hier ohne Anspruch auf Vollständigkeit und nach subjektiver Zusammenfassung des Moderators wiedergegeben werden:

- **Politische Vorgabe ist eher unbekannt**

Unter den TeilnehmerInnen der Diskussionsrunde ist dieser, die Evaluierung betreffende Punkt aus dem Regierungsprogramm nicht allgemein bekannt (Wer hat das verfasst? Wer koordiniert die Umsetzung? Wie sind die Bundesländer eingebunden?).

- **Fortschritte auf Bundesebene**

Im Kompetenzbereich des Bundes wurden hinsichtlich der Evaluierung des Förderbereiches mit und ohne Bezug zu den EU-Programmen etliche Initiativen gesetzt, bspw.

Systemevaluierung der Forschungsförderung und –finanzierung (BMVIT), Aufbau der internen Evaluierung in der AWS/ERP-Fonds; sehr umfangreiche Evaluierungsarbeiten im Bereich Ländliche Entwicklung sowie einzelne Evaluierungen im Bereich Umweltförderungen durch das Lebensministerium. Weiters können die umfangreichen Evaluierungsarbeiten im Bereich ESF (BMASK) genannt werden. Zentralisierte Verantwortlichkeiten fördern anscheinend die Evaluierungstätigkeit.

- **Einzelne gute Ansätze auf regionaler Ebene in der Wirtschafts- und Innovationsförderung**

Einzelne Förderabteilungen in einigen wenigen Bundesländern unternehmen seit einigen Jahren kontinuierliche Anstrengungen in der Evaluierung ihres Förderspektrums (mit und

ohne Bezug zu den EU-Programmen). Dies betrifft vor allem die Wirtschafts- und Innovationsförderung bspw. in Niederösterreich und in der Steiermark.

- **Weißer Fleck integrierte Regionalentwicklung**

Abseits der Wirtschafts- und Innovationsförderung ist auf Länderebene die Evaluierungskultur kaum entwickelt. Dies betrifft vor allem die sektorübergreifende, regionale und städtische Entwicklungspolitik. Hier fehlt der politische Wille, bspw. wenn neue Regionalfonds eingerichtet werden, jedoch keine Voraussetzungen für die Evaluierung geschaffen werden.

Evaluierung ist zwar eine der Grundprinzipien des „Urban Acquis“ (urban governance) wird aber nicht breit eingesetzt.

Neben den direkten Förderinstrumenten, die keiner Evaluierung unterliegen, ist weiters – soweit bekannt – keine Evaluierung von zentralen Politikdokumenten auf gesamtösterreichischer Ebene wie dem ÖREK (Österr. Raumentwicklungskonzept) vorgesehen. Hier eine (maßgeschneiderte) Evaluierungsstrategie zu etablieren, wäre für die regionale Entwicklungspolitik in Österreich von wegweisender Bedeutung.

- **Kontrollfragen - und nicht Evaluierungsfragen - dominieren das System.**

Insgesamt wird angemerkt, dass im Förderungsbereich die Kontrolle und nicht die lernorientierte Evaluierung im Vordergrund steht (hinsichtlich Wahrnehmung, Ressourcenausstattung). Eine verstärkte Verankerung von Evaluierung bei den Finanzabteilungen auf Landes- und Bundesebene, die grundsätzlich über entsprechende „Druckmittel“ verfügen, wird deshalb auch als kontraproduktiv angesehen.

Wien, 12.4.2011

Andreas H. Resch